

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung  
des Rates  
vom 18.06.2020**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:03 Uhr

**Anwesend sind:**

**Entschuldigt fehlen:**

**Einwohnerfragestunde**

RV Leefers eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Herr Klaus-Dieter Tiede fragt stellvertretend für die Anwohner des Baugebietes Brockeler Straße I, wie der Stand der Ausschreibung ist und wann mit dem Abschluss der Arbeiten zu rechnen ist.

Bgm Weber antwortet, dass die Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen und die Ausschreibung nunmehr vorbereitet wird. Er hofft, dass in diesem Jahr vieles erledigt sein wird. Eine Ausschreibung konnte aufgrund personeller Situation noch nicht durchgeführt werden. Er bittet um Verständnis.

Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit** VorlNr.

---

RV Leefers eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge** VorlNr.

---

Zur Feststellung der Tagesordnung erläutert Bgm Weber, dass der Top 11 Vorlage-Nr. 0822/2016-2021 „Antrag vom 06.04.2020 auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Anschubfinanzierung des Soziokulturellen Zentrums Rotenburg e. V.“ zurückgezogen worden sei, um weitere Argumente hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit zu sammeln. Es sei somit ein neuer Antrag abzuwarten. Des Weiteren habe er kurzfristig einen Antrag Vorlage-Nr. 0847/2016-

2021 „BBP Nr. 52 - östlich Gut Gothard: Verbreiterung des vorhandenen Fußweges, Ratsantrag Gruppe WIR-FDP vom 10.06.2020 zur Verweisung an die Ratsmitglieder weitergeleitet. Auch ein kurzfristig eingereichter Antrag der Gruppe Grafe Vorlage-Nr. 0851/2016-2021 „Erweiterung der Befragung der IGS-Schüler bezüglich Ihrer Schulwahl; Antrag der Gruppe Grafe vom 17.06.2020 liege zur Verweisung vor.

Die Tagesordnung wird mit Absetzung des Top 11 und der Verweisung der o.g. Anträge einstimmig festgestellt.

---

**TOP 3      Genehmigung der Niederschrift vom 16.04.2020**

VorlNr.

---

Die Niederschrift vom 16.04.2020 wird bei 6 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

---

**TOP 4      Bericht des Bürgermeisters zum aktuellen Verlauf der  
Coronapandemie und der Auswirkungen für die Stadt Rotenburg**

VorlNr.

---

Bürgermeister Weber berichtet über die Lageentwicklung im Bund, in Niedersachsen sowie im Landkreis, und den dazu erfolgten Maßnahmen. Er ist der Ansicht, dass diese umsichtig von der Bundes- und der Landesregierung erlassen und vom Landkreis kompetent umgesetzt worden seien. Er lobt den verantwortungs- und rücksichtsvollen Umgang der Bürger und Bürgerinnen. Ihm sei wichtig zu erwähnen, dass entgegen der Kritik in Medien an einem „Flickenteppich an Maßnahmen in Deutschland“, regional angepasste Maßnahmen entsprechend der Entwicklungen durchgeführt worden seien. Der Bund habe die Leitplanken und die Länder länderspezifische Öffnungen durchgeführt. Die Kindertagesstätten und Schulen werden nunmehr wieder geöffnet; in den Kitas ab 22.06. mit einer Ganztagsbetreuung von 7:30 Uhr bis 15:00 Uhr. Im Folgenden geht er auf Verhinderung von Insolvenzen, Kurzarbeit statt Massenarbeitslosigkeit und Überbrückungskredite sowie steuerliche Erleichterungen ein. Er betont die Wichtigkeit der Abstands- und Hygieneregeln, der Dokumentation der Nachverfolgbarkeit von Infektionsketten nach Geschäfts- und Gastronomiebesuchen und der Testungen. Großveranstaltungen werden weiterhin bis Oktober untersagt, dies betrifft auch Rotenburg mit dem Kartoffel- und Herbstmarkt. Deutschland sei bisher gut durch die Krise gekommen mit weltweiter Anerkennung. Er nennt beispielhaft andere Länder im Vergleich. Er richtet seinen Dank an die Ratsmitglieder als Multiplikatoren in der Bevölkerung für das Einhalten der Regeln.

Zu den Auswirkungen des finanziellen Bereichs auf Rotenburg werde in der Finanzausschusssitzung genauer eingegangen. Hier erwähnt er 107 Gewerbesteuerherabsetzungsanträge und 19 Stundungen, so dass hier auf etwa 1,8 Mio. Euro verzichtet werden müsse, um die Wirtschaft zu stützen. Damit einher gehe eine geringere Umlage bei den Gewerbesteuern, die die Stadt mit ca. 700.000 Euro entlasten werde. Im Bereich der Umsatz- und Vergnügungssteuer werde nicht mit einer Reduzierung gerechnet. Aufgrund der hohen Einnahmen des Vorjahres ergebe sich aus der Schlüsselzuweisung ein Plus von 100.000 Euro. Er prognostiziert, dass im ordentlichen Haushalt 1,7 Mio. Euro fehlen werden, wobei der Bund bereits zugesagt habe, dass diese Einbrüche bei den Kommunen vom Bund zu 50 % und vom Land zu 50 % ersetzt werden sollen. Auf seine Anfrage an den Niedersächsischen Städtetag sei seitens der Bundeskanzlerin, den Ministerpräsidenten und dem Bundesfinanzminister ausdrücklich zugesagt worden, dass dies so geschehen soll und viel mehr die Aufforderung gekommen sei, geplante Investitionen fortzuführen. Es soll des Weiteren ein Konjunkturprogramm für Infrastruktur, Verkehrswende, Klimaschutz, Kinderbetreuung, Bildung sowie Digitalisierung in Kraft gesetzt werden. Die Wirtschaft solle mit Aufträgen weiterhin unterstützt werden. Es werde im kommenden Jahr mit 24 % mehr an Gewerbesteuern gerechnet als dieses Jahr. Er sieht die Situation positiv. Die Stadt Rotenburg sei liquide. Er dankt für die Unterstützung der Ratsmitglieder, Menschen anzuhalten, sich an das Abstandsgebot und die Hygieneregeln zu halten. Abschließend äußert er, dass er überzeugt davon ist, dass dies noch ein bis eineinhalb Jahre notwendig sei.

RH Peters wolle in Erfahrung bringen, ob es in den Ferien eine Notbetreuung in den Kitas und eine Ferienbetreuung für Schulkinder geben wird.

Bgm Weber erwidert, dass 3 Wochen ohnehin in den Kitas normaler Betrieb ist und 3 Wochen für die Kräfte Urlaub vorgesehen ist. Er bestätigt, dass der Bedarf für eine Notgruppe gegeben und für dieses Jahr geplant ist. Im Folgenden erläutert er den Gesetzesanspruch der Eltern auf Betreuung, die Gewährleistung der Stadt, dass die Kitakräfte ihren Urlaub nehmen können, die Ansteckungsgefahr und der ähnlichen Situation bei den Lehrer\*innen. Zur Schülerbetreuung ist rechtlich noch keine Klarheit erlangt, da Gruppen wegen der Ansteckungsgefahr nicht miteinander gemischt werden dürfen. Dies wird z.Zt. geklärt, ob es zulässig ist, bzw. unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, Betreuung während der Ferien anzubieten.

**TOP 5      Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 10 - Biogasanlage Kesselhofskamp-Süd - 3. Änderung; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss**

---

VorlNr.  
0797/2016-2021

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, die 3. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 10 – Kesselhofskamp-Süd – gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

**TOP 6      Bebauungsplan Nr. 98 - nördlich der Otto-von-Guericke-Straße zwischen Rudolf-Diesel- und Nikolaus-Otto-Straße - 1. Änderung; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss**

---

VorlNr.  
0798/2016-2021

Bgm Weber dankt nach Beschlussfassung dem Votum und bekräftigt, dass hiermit aktive Wirtschaftsförderung gegeben werde. Er richtet seinen Dank an StOAR Bumann für die schnelle Umsetzung.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 98 – nördlich der Otto-von-Guericke-Straße zwischen Rudolf-Diesel- und Nikolaus-Otto-Straße – gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

**TOP 7      Einrichtung einer halben Stelle (Techniker\*in TVöD 9 bis 10) im Amt 61 für das Energiecontrolling der Gebäude der Stadt Rotenburg inkl. Kläranlage sowie Softwarebeschaffung für Datenverarbeitung und -auswertung im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2020; Antrag B90/Die Grünen vom 08.11.2019**

VorlNr.  
0713/2016-2021

RF Dembowski erläutert, dass der Antrag aus der Absichtserklärung der Stadt, für den Klimaschutz einzutreten, resultiere. Sie schätzt StOAR Bumann pragmatische Herangehensweise, die bei sehr viel Neubauten und Sanierungsmaßnahmen in Schulen und öffentlichen Gebäuden sehr zur Energieeinsparung beigetragen haben. Dennoch ist sie der Ansicht, dass Daten fehlen, die dazu beitragen, Prioritäten zu setzen, wie und wo der Klimaschutz bzw. Energieeinsparungen erfolgen sollen. Sie erwähnt, dass das Landesministerium für Umweltschutz den Einsatz von Energiekontrolleuren zur Erfassung bestimmter Datensätze für eine gezielte Energieeinsparung der öffentlichen Liegenschaften empfiehlt. Sie ist überzeugt, dass der Klimaschutz künftig so wichtig sein werde, wie der Brandschutz und hofft, dass der Rat den Antrag unterstützt.

**Beschluss:**

Der Rat lehnt mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen die Einrichtung einer halben Stelle (Techniker\*in TVöD 9 bis 10) im Amt 61 für das Energiecontrolling der Gebäude der Stadt Rotenburg inkl. Kläranlage sowie Softwarebeschaffung für Datenverarbeitung und Datenauswertung im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2020 ab.

**TOP 8      Gewährung eines Darlehens sowie eines Zuschusses für die SG Unterstedt e.V.**

VorlNr.  
0823/2016-2021

RH Lüttjohann berichtet über die engagierte Arbeit der Unterstedter. Er habe kein Verständnis, dass über die Gewährung des Darlehens kontrovers diskutiert worden sei und betont den in den Ortschaften entstandenen Mehrwert an Lebensqualität für die Allgemeinheit und das Sportwesen durch das Engagement und die Eigenleistungen.

Bgm Weber erwidert, dass es um sachbezogene Fragen ging, die im VA gestellt wurden. Es handelte sich um die Eigentumsverhältnisse bzgl. des Geländes und ob die Stadt einem Verein 150.000 Euro als Darlehen zur Verfügung stellen dürfe. Hier hat die Kommunalaufsicht keine Bedenken mitgeteilt, jedoch darauf hingewiesen, dass die Kommune nicht in Konkurrenz mit Banken treten darf. Hier handelt es sich um eine außergewöhnliche Regelung einem Sportverein gegenüber. Es sei Anliegen der Stadt, den Vereinen zu helfen, nicht nur in Rotenburg, sondern auch in Unterstedt, Waffensen, Mulmshorn und Borchel.

**Einstimmiger Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) gewährt der SG Unterstedt e.V.

1. ein zinsloses Darlehen zur Zwischenfinanzierung des Neubaus der Umkleide am MZH Unterstedt in Höhe von 150.000 €. Das Darlehen ist zum 31.12.2020 zurückzahlen.
2. einen Zuschuss in Höhe des Differenzbetrages aus den Baukosten abzgl. der erhaltenen Fördermittel. Der Zuschuss wird auf maximal 80.000 € beschränkt.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig eine außerplanmäßige Auszahlung für die Gewährung eines zinslosen Darlehens an die SG Unterstedt e.V. (siehe Vorlage Nr. 0823/2016-2021) in Höhe von 150.000 € zur Realisierung des Neubaus der Umkleide am MZH Unterstedt.

**TOP 10      Beschluss über eine außerplanmäßige Auszahlung für die  
Grundsanie rung IGS In der Ahe**VorlNr.  
0844/2016-2021

---

RH Dr. Rinck bezieht sich auf die in der Vorlage genannten 2 Mio. Euro, die in nächster Zeit für die Sanierung der IGS in der Ahe fällig werden. Er erinnert daran, dass die CDU in der Diskussion über die Standortfrage der IGS frühzeitig gesagt habe, mit dem Bestand zu arbeiten und Stück für Stück die Schule baulich weiterzuentwickeln. Es ist zum Neubau In der Ahe gekommen, mit der eine zwei-Standort-Lösung „zementiert“ wurde, so RH Dr. Rinck. Er findet, dass sich die Folgen aus dieser übereilten Entscheidung jetzt zeigen. Mit der zwei-Standort-Lösung erfolgen erhöhte Kosten durch zwei Mensen. Des Weiteren werden für bauliche Maßnahmen in Millionenhöhe weitere Gelder erforderlich. Er bezweifelt, dass die Rechnung mit einer günstigeren Zwei-Standort-Lösung aufgeht. Er ist der Ansicht, dass diese finanzielle Situation den städtischen Haushalt belastet und möglicherweise andere Investitionen verhindern werde. Er meint, dies sei kein gutes Erbe, dass der Bürgermeister in baulicher Hinsicht hinterlässt.

RV Leefers merkt an, dass es hier im Wesentlichen um die 200.000 Euro für den Brandschutz geht.

Bgm Weber erklärt, dass durch die stattgefundenen Begehungen des Landkreises andere Kommunen hinsichtlich des Brandschutzes genauso betroffen seien. Der Brandschutz ist ein sehr wichtiges Thema geworden, in das auch an anderen Schulen erheblich investiert werde und dem Stadtrat bekannt sei. Auch an den städtischen Grundschulen seien weitere Investitionen bezüglich des Brandschutzes erforderlich.

Bezüglich „des Erbes“ führt er aus, dass der Baubeginn der IGS bereits vor seiner Zeit gewesen ist und mit dem vormaligen Bürgermeister festgelegt wurde. Er erwähnt, dass dies nicht die Wünsche der Schule, sondern die Wünsche des Rates gewesen seien. Es habe sich nicht um übereilte Entscheidungen gehandelt, sondern diese sind für jede Klassenstufe einzeln getroffen worden. Er spricht seinen Dank an die Schule aus, dass während des laufenden Betriebes umgebaut werden konnte, was erhebliche Kosten eingespart habe. Er nennt beispielhaft den Neubau des Gymnasiums und der BBS in Bremervörde mit je ca. 40 Mio. Euro. Die Stadt Rotenburg stehe bei 14,7 Mio. Euro mit der IGS. Er erwähnt, dass auch hinsichtlich der Digitalisierung die neugestalteten Schulklassen auf den neuen Standard ausgerichtet wurden, was während der Coronapandemie ein Vorteil ist.

RH Grafe ist der Meinung, dass die Situation verkannt werde, denn der Landkreis sei wegen der Brandschutzmängel auf die Stadt zugekommen. Er erläutert, dass das angedrohte Zwangsgeld des Landkreises höher sei, als das Geld, über das heute zu beschließen ist.

RF Dembowski geht auf das Beispiel in Bremervörde ein, bei der 1 Mio. Euro für Brandschutzaufbesserungen in eine Schule investiert werden, die nach einem Jahr abgerissen und neu gebaut werden soll. Die Stadt Rotenburg habe sich mit alten Substanzen gut arrangiert. Es nützte nichts „nach hinten zu schauen“, wenn jetzt investiert werden müsse, so RF Dembowski.

## Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 200.000 € für die Grundsanierung (insb. Brandschutz sowie Dach- und Fassadensanierung) der IGS Standort In der Ahe.

Die Auszahlungen werden durch Einsparungen im Bereich des Ausbaus der Mensa für die Kantor-Helmke-Schule sowie beim Erweiterungsbau Schule am Grafel gedeckt.

<b>TOP 11</b>	<b>Antrag vom 06.04.2020 auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Anschubfinanzierung des Soziokulturelles Zentrum Rotenburg e. V.</b>	VorlNr. 0822/2016-2021
---------------	---	---------------------------

---

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

<b>TOP 12</b>	<b>Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:</b>	VorlNr.
---------------	---	---------

<b>TOP 12.1</b>	<b>Verzeichnis der Beschädigungen an Einrichtungsgegenständen an Schulen - Ratsantrag der Gruppe CDU-WIR-FDP vom 27.05.2020</b>	VorlNr. 0833/2016-2021
-----------------	---	---------------------------

---

Der Antrag wird bei einer Enthaltung einstimmig in den Schulausschuss verwiesen.

<b>TOP 12.2</b>	<b>Schüleranmeldungen - Ratsantrag der Gruppe CDU-WIR-FDP vom 27.05.2020</b>	VorlNr. 0834/2016-2021
-----------------	--	---------------------------

---

Der Antrag wird einstimmig in den Schulausschuss verwiesen.

<b>TOP 12.3</b>	<b>Erweiterung der Befragung der IGS-Schüler bezüglich Ihrer Schulwahl; Antrag der Gruppe Grafe vom 17.06.2020</b>	VorlNr. 0851/2016-2021
-----------------	--	---------------------------

---

Der Antrag wird als Ergänzung zum Antrag unter Top 12.2 in den Schulausschuss verwiesen.

<b>TOP 12.4</b>	<b>BBP Nr. 52 - östlich Gut Gothard: Verbreiterung des vorhandenen Fußweges, Ratsantrag Gruppe WIR-FDP vom 10.06.2020</b>	VorlNr. 0847/2016-2021
-----------------	---	---------------------------

---

Der Antrag wird bei 6 Enthaltungen einstimmig in den Ausschuss für Planung und Hochbau verwiesen.

<b>TOP 13</b>	<b>Mitteilungen und Anfragen</b>	VorlNr.
---------------	----------------------------------	---------

<b>TOP 13.1</b>	<b>Verzicht auf erneute Bürgermeisterkandidatur</b>	VorlNr.
-----------------	---	---------

---

Bgm Weber verkündigt seinen Verzicht auf eine erneute Bürgermeisterkandidatur.

**TOP 13.2 Ratsherr Ossadnik pausiert Ratsarbeit**

VorlNr.

---

Bgm Weber teilt mit, dass sich RH Ossadnik aus gesundheitlichen Gründen bis zum Ende des Jahres beurlauben lässt. Der Rat drückt an dieser Stelle Genesungswünsche aus.

**TOP 13.3 Parkverbot in der Wiedaustraße - Baustellenverkehr**

VorlNr.

---

RH Peters teilt mit, dass in der Wiedaustraße vermutlich wegen des Baustellenverkehrs ein Parkverbot in der Zeit von 7.00-17.00 Uhr eingerichtet worden sei. Er wolle in Erfahrung bringen, für wie lange dies geplant sei. Ferner fragt er, ob der Verkehr hinsichtlich Geschwindigkeit und Aufkommens erfasst wird. Anwohner haben ihm mitgeteilt, dass die Straße als „Rennstrecke“ genutzt werde.

Bgm Weber berichtet, dass auch Anwohner der Lindenstraße ihn zum Baustellenverkehr angesprochen haben. In der kommenden Woche sei ein Gespräch mit den Anliegern geplant. Er könne nicht sagen, wie lange ein Halteverbot eingerichtet bleibt. Eventuell entstandene Bauschäden an Fußgängerweg oder Straße seien von den Verursachern entsprechend zu tragen. Er ist der Ansicht, dass die Wiedaustraße nicht als Rennstrecke genutzt werde und dort ordentlich gefahren wird. Es seien diesbezüglich keine Beschwerden von Anliegern an ihn herangetragen worden.

**TOP 13.4 Coronapandemie - Gastronomie**

VorlNr.

---

RH Westermann weist bezüglich der Coronapandemie auf die wirtschaftlichen Aspekte der Gastronomie unserer Region hin, die bei weitem noch nicht wieder so sei, wie es sein sollte. Er appelliert an die Politik und die Einwohner, die Gastronomie und die kleinen Geschäfte vor Ort zu unterstützen.

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.